

Millionen als Rettungsanker

Die Auffassungen von Land Tirol und der neuen Rettungsdienstgesellschaft über die Ursachen der Mehrkosten von mehreren Millionen Euro klaffen meilenweit auseinander. Trotzdem wird es eine Einigung geben.

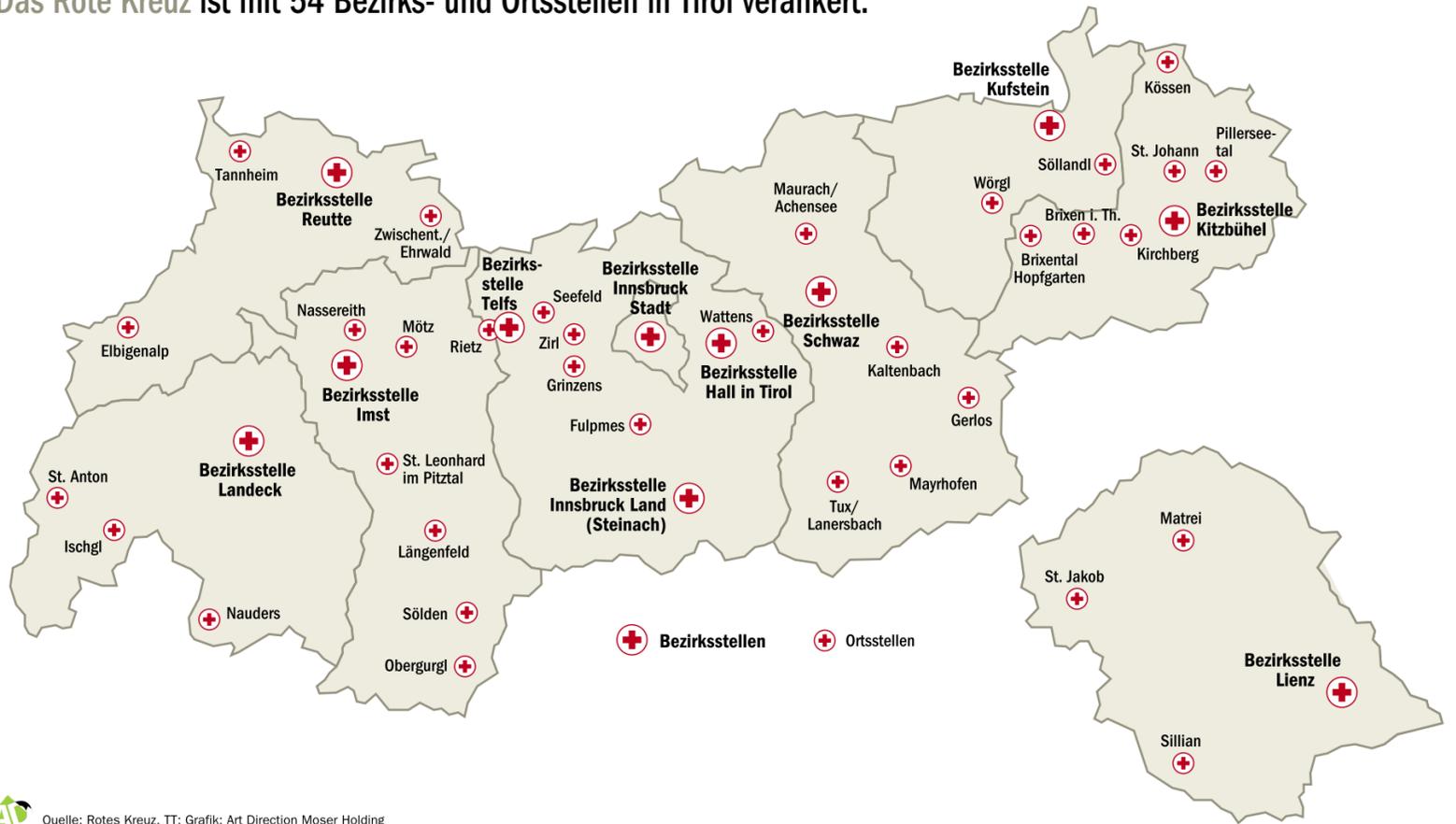
Von Peter Nindler

Innsbruck – Das Rote Kreuz ließ die Situation eskalieren. Am Dienstag informierte Gesundheits-LR Bernhard Tilg (VP) die Landesregierung über die Forderungen der Rettungsdienst GmbH: 3,6 Millionen sind noch aus dem Vorjahr offen, heuer rechnen die Retter mit Mehrkosten von rund sechs Millionen Euro. Das Land Tirol stützt sich auf den Bericht eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers, der Einsparungspotenziale von drei bis sechs Millionen ortet. Außerdem möchte Tilg klären, welche Kosten tatsächlich auf die Notfallrettung und den qualifizierten Krankentransport entfallen und welche Aufwendungen anderen Bereichen zuzuordnen sind.

In der Regierungssitzung übte Tilg, aber auch LHStv. Anton Steixner (VP) heftige Kritik an den Forderungen des Roten Kreuzes, schließlich schlägt der Wirtschaftsprüfer in seinem Bericht den effizienteren Einsatz von Rettungsfahrzeugen, die Reduktion der Verwaltungs- und Immobilienkosten, die dem Land verrechnet werden, sowie eine stärkere Trennung der Vereinsaktivitäten vor. Und immer wieder wird kritisiert, dass sich das Rote Kreuz nicht in die Bücher sehen lasse. Dass die Bezirksstelle Schwaz ihre auch mit öffentlichen Geldern errichteten Immobilien in eine Stiftung verschoben hat, stößt dem Land ebenfalls sauer auf.

Punkt für Punkt wurde gestern der Wirtschaftsbericht von den Beamten des Landes und Vertretern der Rettungsdienst GmbH analysiert. Das Rote Kreuz ist überrascht, dass als Kriterien für die Bewertung der Leistungen nicht

Das Rote Kreuz ist mit 54 Bezirks- und Ortsstellen in Tirol verankert.



Quelle: Rotes Kreuz, TT; Grafik: Art Direction Moser Holding

die bestellten Werte laut Ausschreibung und der beauftragten Mehrleistungen gelten würden, sondern die Aufwendungen seien lediglich aus dem Blickwinkel der Ausschreibung unter die Lupe genommen worden. Und das, obwohl das Land am 28. März 2011 die zusätzlichen Aufgaben angefordert habe.

Das Rote Kreuz sieht nur geringen Handlungsspielraum zur Kostenreduktion. Nur durch Personalkürzungen und die Schließung von einigen der 54 Ortsstellen könnten Millionen eingespart werden. Dass die Abrechnungs- und

Verwaltungsmethoden vom Wirtschaftsprüfer in Zweifel gezogen werden, sorgt ebenfalls für Unverständnis. „Sie entsprechen nämlich den exakten Vorgaben des Auftraggebers, die nach der Zuschlagerteilung gemeinsam erarbeitet wurden“, verlautet die Rettungsdienst GmbH.

Über die gestrigen Verhandlungen wurde Stillschweigen vereinbart, sie gestalten sich jedoch zäh. Das Rote Kreuz fordert rasch Klarheit über die Finanzierung, ansonsten müsste es ab Juli die Leistungen reduzieren. Das Land will sich nicht erpressen lassen.

Auch die Glaubwürdigkeit der Regierung steht auf dem Spiel: Mehrkosten waren bei der seinerzeitigen Ausschreibung nicht eingeplant, vielmehr sollte das Rettungssystem qualitativ besser werden, aber gleich viel kosten.

Jetzt geht es wohl um einen finanziellen Etappenplan, der bis Mitte nächster Woche vorliegen könnte. Das vom Wirtschaftsprüfer formulierte Ziel vom kurz- bis mittelfristigen Erreichen des valorisierten Ausschreibungsergebnisses von 30 Millionen Euro soll durch Kosteneffizienz umgesetzt werden.

Neues Tiroler Rettungsmodell

Gemeinnützige Rettungsdienst GmbH. Die Bietergemeinschaft von Rotem Kreuz, Arbeiter-Samariterbund, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hospitaldienst und Österreichischem Rettungsdienst setzte sich bei der europaweiten Ausschreibung 2010 durch. Die neue Gesellschaft organisiert seit Juli 2011 das boden- gebundene Rettungswesen in Tirol.

Kostendebatte. Das Letztgebot der Bietergemeinschaft lag mit 27,5 Mio. Euro rund zehn Millionen unter dem Vorschlag des dänischen Rettungskonzerns Falck. Seit zwei

Jahren gibt es Debatten darüber, ob die Tiroler einen politischen Preis angeboten haben. Schließlich betragen die Mehrkosten für 2011 3,6 Mio. Euro, heuer könnten es sechs Millionen sein. Die valorisierte Auftragssumme beträgt 2012 rund 30 Mio. Euro.

Ortsstellen wackeln: Sollten die Mehrkosten nicht abgedeckt werden, will das Rote Kreuz einige der 54 Ortsstellen schließen. Die Rettungsorganisation hat rund 500 hauptamtliche und mehr als 4000 ehrenamtliche Mitarbeiter.

Platter wünscht sich eine rasche Lösung

Opposition übt heftige Kritik an Gesundheits-LR Tilg. Landeshauptmann will Mehraufwand bezahlen, wenn er nachvollziehbar ist.

Innsbruck – Das politische Tauziehen um das seit knapp einem Jahr geltende neue Rettungsmodell wogt bereits seit zwei Jahren zwischen Landesregierung und Oppositionsparteien Bürgerforum, Grüne und FPÖ. Die Opposition kritisierte seinerzeit das Rettungsgesetz, das eine Ausschreibung vorsieht, und

warnte vor der Zerschlagung eines bewährten Rettungssystems und vor Mehrkosten. Jetzt fühlen sich die Oppositionspolitiker bestätigt. Für den Juli-Landtag kündigt sich jedenfalls eine intensive Rettungsdebatte an.

Eine definitive Finanzierungszusage über die geforderten 3,6 Mio. Euro wollte

LH Günther Platter gestern nicht machen. Die Zahlen des Roten Kreuzes sollten zuerst überprüft werden. „Die Mehrkosten müssen genau aufgeschlüsselt werden“, meinte Platter nach der Regierungssitzung. Es benötige eine rasche Lösung zwischen Tiroler Gebietskrankenkasse, Land und dem Roten Kreuz, um die „bestmögliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten“. Operativ funktioniert das Rettungssystem in Tirol. „Wenn der Mehraufwand nachvollziehbar ist, dann wird bezahlt.“

Diese Argumentation lässt die Opposition nicht gelten: Für den Klubchef des Bürgerforums/Liste Fritz, Bernhard Ernst, steht Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg (VP) vor den Trümmern seiner Politik. Er habe in Absprache mit Landeshauptmann Platter das Rettungssystem mit der nicht notwendigen Ausschreibung des gut funktionierenden Tiroler Rettungswesens provoziert. „Jetzt



„Die Mehrkosten müssen aufgeschlüsselt werden. Wenn sie nachvollziehbar sind, wird bezahlt.“

Günther Platter (Landeshauptmann) Foto: Böhm



„VP-LR Tilg steht vor den Trümmern seiner Politik. Er ist mit dem Rettungswesen gescheitert.“

Bernhard Ernst (Klubchef Liste Fritz) Foto: Parigger

muss die ÖVP-SPÖ-Landesregierung der Rettung – wie versprochen – die fehlenden Millionen aus Steuergeldern zuschießen und den Bürgern gegenüber die Wahrheit sagen: Das ÖVP-SPÖ-Rettungsgesetz ist gescheitert, es macht das Rettungswesen teurer und schlechter statt billiger und besser.“

Gleichzeitig fordert Ernst die Offenlegung des Prüfberichts: „Wenn Tilg von den Rettungsorganisationen aufgrund dieses Papiers verlangt,

Geld zu sparen, dann soll er den Tirolern auch offen und ehrlich sagen, was das heißt. Wie von uns schon vor Monaten befürchtet und von Tilg als Panikmache verunglimpft, bedeutet das nämlich, dass künftig weniger Rettungsfahrzeuge zur Verfügung stehen und Ortsstellen zugesperrt werden müssen“, kritisiert der Bürgerforum-Klubchef.

„Mit uns wird es keine Ortsstellenschließungen geben“, sagt der grüne Abgeordnete

Gebi Mair klipp und klar. „Es gibt Mehrkosten, und diese wird das Land bezahlen müssen.“ Schließlich werde im Wirtschaftsbericht ja nicht von „erfundenen Mehraufwendungen“ gesprochen.

Der freiheitliche Klubchef LA Gerald Hauser sorgt sich um die freiwilligen Helfer, die Schließung von Dienststellen lehnt auch er ab. „Durch das neue Rettungsdienstgesetz wurden viele ehrenamtliche Mitarbeiter demotiviert, dagegen muss etwas unternommen werden, denn das hohe Gut der Ehrenamtlichkeit muss erhalten werden.“ Durch das neue Rettungssystem würden den Gemeinden laut Hauser, der selbst Bürgermeister von St. Jakob im Deferegggen ist, teilweise Mehrkosten von mehr als 25 Prozent entstehen. „Diese finanziellen Aufwendungen können viele Gemeinden aber nicht selber tragen. Ich fordere daher, dass das Land diese Kosten übernimmt.“ (pn, aheu)



Die Mehrkosten für die Rettung beschäftigen die Politik.

Foto: Böhm